



Editorial

Das Schweizervolk will eine starke, unabhängige Armee

Der Einsatz der Vereinigung PRO LIBERTATE für die Ablehnung der Umverteilungs- sprich Halbierungsinitiative (UMVI) hat sich gelohnt. Die Initiative wurde mit über 62% NEIN-Stimmenanteil abgelehnt. Bereits im Frühjahr haben wir die visuelle Botschaft erarbeitet und den Einsatzplan der Werbemittel festgelegt.

Um die dazu nötigen Mittel zu beschaffen, sandten wir an über 30 000 ausgewählte Adressen einen Aufruf; gleichzeitig legten wir in vier schweizerischen Armee-Zeitschriften (mit einer Totalauflage von 22 300 Expl.) Prospekte mit der Bitte um Unterstützung bei. Die positive Reaktion erlaubte uns in der Zeit von Mitte Oktober bis Mitte November 330 Plakatstellen B12 zu belegen und in 28 grösseren Tages-/Wochenzeitungen Inserate erscheinen zu lassen. An dieser Stelle möchten wir uns bei den Spendern ganz herzlich bedanken.

Max Gerber

Gratulation

Nach einer spannenden Wahl wurde der Berner Samuel Schmid am 6. Dezember 2000 von der Bundesversammlung zum Nachfolger von Adolf Ogi gewählt.

Die Vereinigung PRO LIBERTATE gratuliert ihrem langjährigen Mitglied Samuel Schmid zur Wahl in den Bundesrat ganz herzlich und wünscht ihm viel Mut und Kraft für sein anspruchsvolles Amt. Wir hoffen, dass Bundesrat Schmid die Ziele der Vereinigung PRO LIBERTATE auch

in der Regierung mittragen wird: Wahrung der Unabhängigkeit und Freiheit, Förderung der bürgerlichen Gesellschaft, Aufrechterhaltung einer starken Milizarmee und die Gewährleistung der inneren Sicherheit. Im weiteren wünschen wir, Bundesrat Schmid werde sich in der Landesregierung dafür einsetzen, dass gerade in ausserpolitischen Fragen der Volkswille verstärkt respektiert wird.

Vorstand der Vereinigung
PRO LIBERTATE

Nach der Volksabstimmung über die linke «Umverteilungsinitiative»

«Milizarmee XXI»:

Die Stunde der Wahrheit naht

Im staatstragenden und armeebefürwortenden Lager ist der deutliche Entschluss der Stimmberechtigten gegen die Umverteilungs- sprich Halbierungsinitiative mit verhaltener Befriedigung wahrgenommen worden. Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SPS) hat mit ihrer anhaltenden Unsicherheitspolitik einmal mehr eine klare Niederlage erlitten.

Besorgniserregend ist die Zustimmung in vier Ständen der französischsprachigen Schweiz, insbesondere Neuenburg und überraschenderweise Waadt. General Henri Guisan wäre wohl entsetzt über diejenige Mehrheit seiner heutigen Landsleute, die der Umverteilungsinitiative zugestimmt hat. Die Gründe des militärpolitischen Abstimmungsverhaltens in der Suisse Romande sind sorgfältig abzuklären. Vorerst liegt der

Erklärungs- und Handlungsbedarf bei den bürgerlichen Parlamentariern und Regierungsvertretern, den ausserdienstlichen militärischen Milizorganisationen und bei den Wirtschaftsverbänden.

Sie lesen heute

Die Schweiz am Scheideweg	3
Kampf gegen «Ja zu Europa»	4
Das Jahr 2000: Ein Jahr der Weichenstellung für die innere Sicherheit	5
Die Nationalräte auf einer Rechts-Links-Skala	6
Die Spalte des Präsidenten	7
Termine 2001	7
Mitgliederwerbung	8

Sicherheitsraum Schweiz

Eine westliche Bruchlinie im «Sicherheitsraum Schweiz» entlang der Grenzen der zweisprachigen Kantone ist zu vermeiden. Frühzeitig sollten Anstrengungen unternommen werden, dass sich in Zukunft keine namhaften Kantone aus der Westschweiz gegen eine glaubwürdige Landesverteidigung stellen. Überhebliche deutschsprachige Belehrungen und Rügen wären fehl am Platze. Aus staatspolitischen Gründen ist ein Schulterchluss gegen eine beidseitige Entfremdung zwischen Deutsch- und Welschschweizern erforderlich. Eines der bewährten Mittel ist die Milizarmee, in der Sprachgrenzen überwunden werden.

Die Zustimmung zur Umverteilungsinitiative im Kanton Genf betrübt aus drei Gründen. Erstens können dort grössere internationale Veranstaltungen nur noch mittels militärischer Unterstützung der zivilen Polizei und der Grenz-wacht sicher durchgeführt werden. Zweitens hat sich im Jahre 1999 erwiesen, dass die diplomatischen Einrichtungen grossräumig und über längere Zeiträume nur mit mannschafts-starken militärischen Verbänden zu schützen sind. Drittens betreibt das Verteidigungsdepartement (VBS) mit erheblichem finanziellem Aufwand in der Stadt Genf drei internationale Ausbildungs- und Studienzentren.

Beurteilung der Abstimmung

Die Auslegung des Abstimmungsergebnisses ist zum Teil geprägt durch einseitige und voreilige Positionsbezüge zur «Armee XXI» und der damit zusammenhängenden, allfälligen Ausbildung und Verwendung bewaffneter Schweizer Truppenverbände im Ausland. Der Abstimmungserfolg sei eine hervorragende Ausgangslage für die kommende Referendums-Abstimmung über die Teilrevision des Militärgesetzes, verlautet aus dem VBS. Dieser Vorstellung sind Erkenntnisse aus der Auswertung «Sicherheit 2000» (ETH Zentrum, 8092 Zürich) über die aussen-, sicherheits- und verteidigungspolitische Meinungsbildung gegenüberzustellen.

«Befürworter der Halbierungsinitiative und von Schweizer Blauhelmen: dasselbe Meinungslager!» (Seite 137). Wer die Halbierungsinitiative begrüsst, wünsche sich auch Schweizer UNO-Truppen. Umgekehrt lehnten die überzeugten Gegner einer Halbierungsinitiative Schweizer Blauhelme ab. Der Bundesrat werde es bei der Umverteilungsinitiative und bei der Teilrevision

Kanton	Ja	Nein	% Ja	% Nein
ZH	121 163	205 697	37	63
BE	94 054	194 503	33	67
LU	28 411	66 739	30	70
UR	1 798	7 345	20	80
SZ	9 162	26 379	26	74
OW	1 817	6 390	22	78
NW	2 483	8 868	22	78
GL	2 548	6 682	28	72
ZG	8 904	21 051	30	70
FR	30 065	37 492	45	55
SO	23 191	48 537	32	68
BS	27 546	33 412	45	55
BL	26 665	44 568	37	63
SH	9 119	18 972	32	68
AR	4 542	11 622	28	72
AI	782	2 719	22	78
SG	32 100	76 234	30	70
GR	13 558	27 976	33	67
AG	40 296	94 546	30	70
TG	15 825	40 488	28	72
TI	38 357	40 028	49	51
VD	66 694	64 617	51	49
VS	26 740	46 610	36	64
NE	21 434	18 034	54	46
GE	58 457	38 871	60	40
JU	17 271	10 308	63	37
CH	722 982	1 198 688	38	62

des Militärgesetzes mit je unterschiedlichen Verbündeten zu tun haben. Er benötige die bekämpften Befürworter der Umverteilung zu seiner Unterstützung bei der Abstimmung über die militärischen Auslands-Einsätze. Diese Pirouette wird nicht einfach sein (...).

«Armee XXI»: Marschhalt zwingend

Zahlreiche wichtige Gegebenheiten sprechen für eine gründliche sicherheitspolitische, militärische und zeitliche Lagebeurteilung mit vorurteilsloser Überprüfung der Einweg-Planung «Armee XXI». Diese hat hinter verschlossenen Türen stattgefunden und ist offenzulegen. Die Planungsgrundlagen und -regeln müssen sichtbar und verständlich werden. Die einseitige Propaganda ist durch eine ausgewogene Informationsführung zu ersetzen. Die Folgerungen aus dem Leitspruch «Sicherheit durch Kooperation» müssen endlich klar dargelegt werden, zum Beispiel die heimlichen Absichten und Vorbereitungen zum allfälligen Kampf der Schweizer Armee im sogenannten operativen Vorgelände im Verbund mit der NATO.

VBS und Bundesrat haben versucht, eine breite Erörterung grundlegender

strategischer Entscheide zu unterdrücken. Wollen wir an den erfolgreichen Verankerungen des schweizerischen Wehrwesens festhalten? Dazu gehören die dauernde bewaffnete Neutralität, das Milizsystem, die allgemeine Wehrpflicht und eine föderalistische Militärorganisation. Die bisherige Planung des VBS lässt mittel- und langfristig eine entgegengesetzte Marschrichtung erkennen: über eine Wehrpflicht zu einer Berufsarmee. Der voraussichtliche Abstimmungskampf um die Teilrevision des Militärgesetzes und die angekündigte Veröffentlichung der Leitbilder für die Armee und den Bevölkerungsschutz werden die sicherheitspolitische Auseinandersetzung verstärken. Die Stunde der Wahrheit über eine schweizerische «Milizarmee XXI» kommt.

Heinrich L. Wirz
Militärpublizist

Die Schweiz am Scheideweg

Unter dem Titel «Kriegsabenteuer nein – humanitäre Präsenz ja» wurde am 18. Oktober das Doppelreferendum gegen die Teilrevision des Militärgesetzes von einem überparteilich bürgerlichen Komitee gestartet. Die Mehrheit des Parlamentes hat dieser Revision zugestimmt. Die Revision sieht vor, ausländischen Soldaten zu ermöglichen, auch in der Schweiz das Kriegshandwerk zu üben und Schweizer Soldaten in ausländischen Konflikt- und Kampfgebieten einzusetzen. Die Tragweite dieses Entscheides wird in der Öffentlichkeit leider kaum zur Kenntnis genommen.

Unsere Friedenstradition, die Sicherheit, die Unabhängigkeit, die Neutralität und das Milizprinzip sind durch diese Revision gefährdet, deshalb ist es sehr wichtig, dass der Bürger sich mit diesen wichtigen Fragen auseinandersetzen kann und die zukünftige Sicherheitspolitik mitbestimmt.

Natokompatibilität und Sicherheit

Die zukünftige sicherheitspolitische Strategie basiert auf dem Schlagwort «Sicherheit durch Kooperation». Angenommen wird, dass sich die Schweiz nicht mehr alleine verteidigen kann und deshalb auf die militärische internationale Zusammenarbeit angewiesen ist. Durch die Ausbildungszusammenarbeit mit Natotruppen im In- und Ausland und das Erlernen der Natokommunikationssprache wird das Schweizer Militär befähigt, sich in andere Armeen zu integrieren, was etwa einer Unterwerfung gleichkommt. Ein griechischer General hat kürzlich in der Rundschau bestätigt, dass im Natoraum die Oberbefehlsgewalt immer unter Nato-Kommando steht. Die Nato ist das von den Amerikanern dominierte Militärbündnis, das auch die amerikanischen Interessen in Europa durchsetzen wird. Wie im Jugoslawienkrieg festgestellt werden konnte, setzt die Nato ihre Interessen auch ohne OSZE- und UNO-Mandat durch. Sie hat sich in den letzten Jahren von einem Wachhund zu einem Kampfhund entwickelt. Wer sich ihren Befehlen und Strukturen unterwirft, wird wohl früher oder später nicht mehr als neutral gelten. Inwieweit durch internationale Einmischung unsere Sicherheit besser gewährleistet werden kann, scheint mir doch fragwürdig zu sein!

Armeeauftrag in Theorie und Praxis

Gemäss BV 58 dient unsere Armee der Kriegsverhinderung, Friedenserhaltung und der Verteidigung des Landes und seiner Bevölkerung! Weitere Aufgaben können ausgeführt werden. Diese weiteren Aufgaben wie internationale Friedenseinsätze werden heute zur Hauptaufgabe stilisiert.

International für den Frieden tätig zu sein, tönt ja so gut! Interessant ist in diesem Zusammenhang der UNO-Bericht, der kürzlich veröffentlicht wurde und bestätigt, dass friedenserhaltende und friedens erzwingende Massnahmen in der Praxis nicht mehr trennbar sind. Dies heisst für uns, wer sich weltweit am Frieden betätigen will, muss bereit sein, militärisch durchzugreifen, zu intervenieren und damit Partei zu ergreifen.

Auslandeinsätze

Der vom Bundesrat geschaffene Sachzwang (die Nato bettelte nicht um Soldaten aus der Schweiz!) mit den unbewaffneten Swissscoys im Kosovo, reduziert diese Vorlage auf die Bewaffnungsfrage. Verständlicherweise wird der unwürdige Zustand dieser Schweizer Soldaten angeprangert, welche sich unter «habsburgischen Schutz» stellen müssen. Taktisch geschickt wird diese Bewaffnungsfrage in den Vordergrund manövriert, um der Grundsatzdiskussion über Sinn und Zweck solcher Auslandeinsätze und der zukünftigen sicherheitspolitischen Strategie auszuweichen.

Ein breite Volksdiskussion möchte man verhindern.

Friedenspolitik

Durch diese internationale Kooperation gefährden wir unsere 200-jährige Friedenstradition und setzen die Neutralität aufs Spiel.

Friede entsteht nicht dort, wo Soldaten einmarschieren, Friede herrscht dort, wo der Bürger in grösstmöglicher Freiheit sein Leben gestalten und Verantwortung mittragen kann. Eine solche Situation kann weder herbeigebombt noch diktiert werden! Die Politik der immerwährenden bewaffneten Neutralität ist doch der solideste Pfeiler für den Fortbestand unserer Freiheit und des Friedens. Interessant wäre in diesem Zusammenhang die Frage, inwiefern alle bis jetzt getätigten Interventionen der Grossmächte überhaupt einen wirklichen Friedensbeitrag geleistet haben.

Milizprinzip

Wie lässt sich ein solcher Einsatz mit unserem Milizprinzip vereinbaren? Für solche Auslandübungen braucht es sogenannte Durchdiener, die bereit sind, ihren Militäreinsatz an einem Stück zu erfüllen. Dies wird zu einem Zweiklassenmilitär führen und der Bürger wird sich fragen, warum er solche Einsätze eigentlich noch finanzieren soll? Die Armee, die bist jetzt auf die Verteidigung des eigenen Territoriums ausgerichtet war und nur im Notfall bereitstand, wird bei einer aussenpolitischen Ausrichtung den Rückhalt in der Bevölkerung verlieren. Somit wäre dann das Ziel der GSoA erreicht: Die Armee schafft sich ab! Sicherheit, Frieden und Freiheit werden dadurch aufs Spiel gesetzt.

Humanitäre Präsenz – Ja

Müssen wir uns ins Schlepptau der Grossmächte begeben, um auch noch etwas vom Glimmer der Medienwelt zu erhaschen und unser Image zu pflegen? Ist dies wirklich der richtige Weg für einen neutralen Kleinstaat sich humanitär zu beweisen?

Generell hat der Kleine Überlebenschancen oder wird noch wahrgenommen, wenn er etwas Spezielles anbieten kann. Die immerwährende Neutralität ist in diesem Sinne einmalig und bietet uns die Chance, dort zu vermitteln, wo es Grossmächten wegen ihrer Parteinahme nicht mehr möglich ist. Sind nicht gerade Einsätze des IKRK oder des Katastrophenhilfecorps weltweit geschätzt, weil wir uns nicht an einer parteiischen Grossmachtpolitik beteiligen. Wäre es nicht sinnvoller diesen Einsatzbereich auszubauen, als militärisch mitzumischeln?

Der Souverän muss über die zukünftige Sicherheitspolitik entscheiden

Unterschreiben Sie das Doppelreferendum, damit die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes ihre demokratischen Rechte wahrnehmen und der sicherheitspolitische Kurs korrigiert werden kann. Noch ist es Zeit diesen internationalen Zug zu stoppen, der uns langfristig wie zur Zeit des Söldnerwesens in kriegerische Konflikte hineinzieht und den Frieden in unserem Land gefährdet!

Annemarie Gür-Bossard

Co-Präsidentin Berner Oberländer Komitee
«Kriegsabenteuer nein – humanitäre Hilfe ja»

Kampf gegen «Ja zu Europa»

Am 4. März 2001 werden sich Volk und Stände über die Eidgenössische Volksinitiative «Ja zu Europa» äussern müssen. Die aus Pro-EU-Kreisen lancierte Initiative verlangt die Verankerung folgender Bestimmungen in der Bundesverfassung:

Art. 23

¹ Die Schweiz beteiligt sich am europäischen Integrationsprozess und strebt zu diesem Zweck den Beitritt zur Europäischen Union an.

² Der Bund nimmt ohne Verzug Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union auf.

Art. 24

Bei den Beitrittsverhandlungen und der Anpassung des schweizerischen Rechts an das Recht der Europäischen Union achten alle Behörden darauf, dass insbesondere die demokratischen und föderalistischen Grundwerte sowie die sozialen und ökologischen Errungenschaften durch geeignete Massnahmen gesichert werden.

Ausgangslage

Der Bundesrat hat in seinem *Neuen Aussenpolitischen Bericht 2000* das strategische Ziel «Beitritt der Schweiz zur EU» bekräftigt. Er will deshalb das Geschäft so weit vorbereiten, dass er spätestens in der nächsten Legislaturperiode über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen entscheiden kann. Es darf angenommen werden, dass die aktuelle Mehrheit des Parlamentes den bundesrätlichen EU-Kurs unterstützt.

Liebäugeln

Dem Bundesrat war also das Kernanliegen der vorliegenden Initiative weder fremd noch unwillkommen. Lediglich die Infragestellung der Regierungskompetenz, den Termin der Verhandlungen in der Verfassung zu bestimmen (Art. 23, Abs. 2: «ohne Verzug»), führte zur Kollision. Deshalb versuchte die Regierung mit Unterstützung der Mehrheit des Nationalrates die Hauptstossrichtung des Begehrens, den raschen EU-Beitritt, zu erhalten: Mittels einem indirekten Gegenvorschlag sollte das Ziel EU-Beitritt bekräftigt werden, aber der Entscheid über den Verhandlungsbeginn beim Bundesrat bleiben. Mit diesem Vorgehen hätte sich der Bundesrat – nach der Abstimmung über die bilateralen Verträge – vom Parlament einen «Blankoscheck»

für die Aktivierung des 1992 eingereichten Beitrittsgesuches ausstellen lassen.

Ständerat übernahm

Verantwortung – Initiative richtet sich gegen Volkswillen

Der Ständerat lehnte aber die Taktik des indirekten Gegenvorschlages ab. Er wies darauf hin, dass im Vorfeld der Abstimmung über die bilateralen Verträge versichert worden sei, zuerst die Auswirkungen jener Verträge zu erfahren, den bilateralen Weg in der Europapolitik fortzuführen und somit aussenpolitische Vernunft walten zu lassen. Schliesslich habe ein grosser Teil des Stimmvolkes unter diesen Gesichtspunkten den Bilateralen zugestimmt.

Falle

Der versöhnlich klingende Hinweis, die Annahme der Initiative «Ja zu Europa» biete die Chance, im Rahmen der Beitrittsverhandlungen endlich erfahren zu können, wie hoch der «Beitritts-Preis» ausfallen würde, gründet auf schwachen Argumenten. Der Blick in vergleichbare EU-Staaten (cf Österreich) liefert unzählige Fakten. Die Kenntnis der entsprechenden EU-Verträge und der aktuellen EU-Gesetzgebung zeigt auf, welche Konsequenzen die Integration für unser Land auslösen würde. Und ob es der Schweiz gelänge, grundsätzliche Ausnahmen auszuhandeln, darf wohl bezweifelt werden.

Unser Land gründet auf vielen Säulen – Föderalismus, direkte Demokratie, Finanzordnung, Wirtschafts- und Währungspolitik, Ausgestaltung der Staatsorgane –, welche in Europa tatsächlich einmalig sind. Der Verzicht auf schweizerische Lösungen bedeutet schliesslich einen grundsätzlichen Umbau unserer politischen Rahmenbedingungen. So mündet der von der Initiative vorgeschlagene Artikel 24 im Sumpf der Träume, der Heuchelei und des Versteckspiels.

Ablehnung bietet Chance

Eine klare Ablehnung der Initiative «Ja zu Europa» gibt der Schweiz die Chance, ihren Weg in Europa gründlich zu studieren, die Konsequenzen der bilateralen Verträge auszuwerten und sich aus der Position der Unabhängigkeit an der «europäischen Zusammenarbeit» zu beteiligen. Ein klares Nein beruhigt die innenpolitische Debatte und setzt ein klares Signal an die EU: Die

Sitz der EU-Kommission in Brüssel: Die Schweiz bleibt ein zuverlässiger, aber unabhängiger Partner der EU.



Schweiz wird keine «Hauruck-Übung» Richtung Brüssel veranstalten.

Aufruf

Der Vorstand der Vereinigung PRO LIBERTÄTE hat einstimmig beschlossen, die Initiative «Ja zu Europa» nicht zu unterstützen. Wir werden mit einer engagierten Kampagne das falsche Begehren bekämpfen. Geplant ist eine breite Plakat-Aktion. Das Sujet stellen wir auf dieser Seite vor. Wiederum werden wir unseren Mitgliedern, Gönnern und Sympathisanten die Möglichkeit eröffnen, analog zur Aktion «Nein zur Umverteilungsinitiative», sogenannte Plakat-Aktien zu zeichnen. Die Bürgerinnen und Bürger können so direkt in die Abstimmungskampagne investieren. Wir danken allen, die uns wiederum tatkräftig unterstützen werden.

Werner Gartenmann

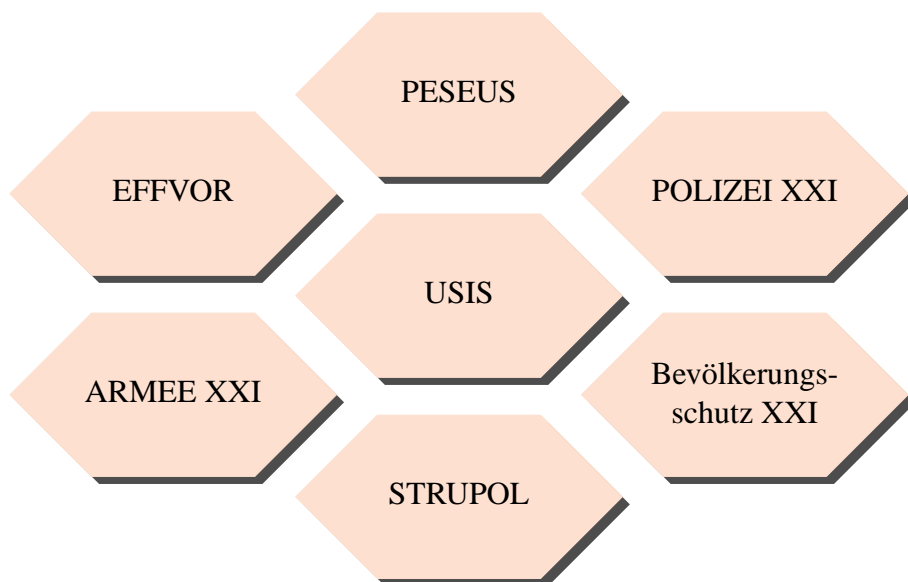
Das Jahr 2000: Ein Jahr der Weichenstellungen für die innere Sicherheit

Die innere Sicherheit eines Landes und damit der Schutz der Bevölkerung vor Kriminalität und anderen Gefährdungen ihrer körperlichen und geistigen Integrität stellt eine der wichtigsten und vornehmsten Aufgaben des Staates und seiner Behörden dar. Dieser Verantwortung stellen sich in der Schweiz Bund und Kantone gemeinsam. Immer mehr spielen dabei auch internationale Bezüge und vor allem die künftige Annäherung an den europäischen Sicherheitsraum eine entscheidende Rolle.

In den letzten Jahren erwies es sich, dass unabhängig von der Stellung der Schweiz gegenüber der Europäischen Union im System der inneren Sicherheit Schweiz, Anpassungen nötig sind. Es gilt nicht nur unser Mit- und Zusammenwirken in Europa sicherzustellen, sondern namentlich auch die Koordination auf Stufe Bund, zwischen Bund und den Kantonen sowie zwischen den Kantonen zu verbessern.

Es erstaunt deshalb nicht, dass gegenwärtig im Bereich der inneren Sicherheit eine beträchtliche Anzahl Projekte laufen, die unterschiedlich weit gediehen sind. Die innere Sicherheit der Schweiz ergibt momentan das Bild einer eigentlichen Grossbaustelle:

- In einer ganzen Reihe von Kantonen werden gegenwärtig die polizeilichen Strukturen und die Zusammenarbeit zwischen Kantons- und Gemeindepolizeien überprüft und angepasst.
- Im Rahmen des Projekts Polizei XXI werden die regionalen und überregionalen polizeilichen Strukturen sowie das Verhältnis zwischen den Kantonen bzw. Regionen und dem Bund überdacht; die Resultate werden in das Projekt USIS (Überprüfung der Strukturen der inneren Sicherheit der Schweiz) einfließen.
- Das Projekt STRUPOL bringt eine strukturelle Neuorganisation des Polizeibereichs auf Bundesebene; neu geschaffen wird insbesondere eine eigentliche Bundeskriminalpolizei, in welcher sämtliche Ermittlungskompetenzen des Bundes zusammengefasst werden; die neuen Strukturen werden anfangs des nächsten Jahres funktionstüchtig sein.



- Die Effizienzvorlage (Projekt EFFVOR) überträgt dem Bund zusätzliche Ermittlungskompetenzen in den Problemfeldern Organisierte Kriminalität, Wirtschaftskriminalität und Korruption; sie wird in den nächsten Jahren eine deutliche personelle Aufstockung der Justiz- und Polizeibehörden des Bundes zur Folge haben.
- Das Projekt EJPD-Strategie EU-Schweiz (PESEUS) untersucht die Modalitäten einer möglichen Annäherung der Schweiz an die europäischen Sicherheitsstrukturen.
- Daneben laufen aber auch die Armee-reform und die Reform des Bevölkerungsschutzes mit zahlreichen Schnittstellen zum Bereich der inneren Sicherheit.

Dreh- und Angelpunkt bei all den Projekten der inneren Sicherheit ist das Projekt USIS, die vom EJPD und der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren in Auftrag gegebene generelle Überprüfung des Systems der inneren Sicherheit Schweiz. Im Rahmen dieses eigentlichen Jahrhundertprojekts gilt es, die Resultate der einleitend erwähnten Projekte einzubeziehen bzw. einzubinden und mit einem Zeit-horizont von rund drei Jahren ein neues Modell der inneren Sicherheit Schweiz zu entwerfen. Massgebend ist dabei nicht nur der Inland-Aspekt, sondern auch das Aussenverhältnis des Bereichs der inneren Sicherheit, namentlich die Annäherung an den europäischen Raum

der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts (Stichworte sind hier die Umsetzung der Polizeiabkommen mit unseren Nachbarstaaten, die Zusammenarbeit mit Europol und die Prüfung von Mitwirkungsmöglichkeiten an der Schengener Zusammenarbeit und an der Dubliner Konvention [Erstasylabkommen der EU]).

Bund und Kantone sind somit gegenwärtig mit Hochdruck an der Arbeit, den Bereich der inneren Sicherheit einer umfassenden Reorganisation zu unterziehen. Das erweist sich als dringend nötig, wenn wir für die künftigen Herausforderungen im Sicherheitsbereich gewappnet sein wollen. Dies liegt im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger.

Urs von Daeniken
Chef der Bundespolizei, Bundesamt für Polizei, EJPD

Die Nationalräte auf einer Links-Rechts-Skala

Die NZZ hat in ihrer Freitagsausgabe vom 3. 11. 2000 (Nr. 257, Seite 15) eine Einstufung der Nationalräte veröffentlicht. Diese Bewertung wurde bearbeitet von Bruno Jeitziner (Privatdozent an der Universität Fribourg) und Tobias Hohl (Wirtschaftsinformatiker).

Wir veröffentlichen hier nicht den Artikel mit der namentlichen Bewertung, sondern beurteilen die vorliegenden Resultate nach unserer Erfahrung in der Politik. Wir empfehlen aber allen Interessierten, sich bei der NZZ (oder bei PRO LIBERTATE) den vollständigen Artikel zu beschaffen.

Einleitende Zusammenfassung der NZZ

Die Parteizugehörigkeit allein sagt oft wenig über den tatsächlichen politischen Standort unserer Parlamentarier aus. Eine Bewertung (Rating) des Stimmverhaltens im Nationalrat bei Abstimmungen unter Namensaufruf im ersten Jahr der laufenden Legislaturperiode gibt hierfür detaillierte Hinweise. Das Parlamentarier-Rating ordnet jedes Nationalratsmitglied auf der Grundlage seiner Stimmabgaben in 40 ausgewählten parlamentarischen Abstimmungen auf einer Links-Rechts-Skala zwischen -10 (links) und +10 (rechts) ein. Werte um die Zahl Null bedeuten eine Positionierung in der politischen Mitte.

Wer die parlamentarischen Debatten verfolgt und damit selbst die Haltung der einzelnen Nationalräte beurteilt, der erhält durch das vorliegende Rating eine Bestätigung der «gefühlsmässigen» persönlichen Einstufung. Die Bewertung beleuchtet aber insbesondere die aktuelle Situation unseres «bürgerlichen» Parlaments: Der Mittelwert der Beurteilung aller Nationalräte liegt

links des Nullpunktes. Das beweist, dass unser Parlament eine Mitte-Links-Position vertritt. Wie kommt es zu einer solchen Situation?

Die Durchschnittswerte (Meridiane) der einzelnen Parteien bei diesem Rating gibt uns den entscheidenden Hinweis: SP: -10, GP: -10, EDV/EDU/LDU: -5,7, CVP: -0,9, LPS +4,2, FDP: +6,5, SVP: +9,1.

Die total 52 SP-Nationalräte kommen auf folgende Bewertung: 36x -10, 15x -9,8 bis -9,0, 1x -8. Das gleiche Bild sehen wir bei den Grünen: von total 10 GP-Nationalräten erreichen 9x -10, 1x -9,8. Die 4 EVP/EDU/LDU-Nationalräte streuen von -10 bis -0,9 (auch diese Fraktion nennt sich bürgerliche Mitte!).

Nun zu den eigentlichen bürgerlichen Parteien. Die 6 LPS-Nationalräte streuen von 0 bis +5,2 und repräsentieren damit die Mitte-Rechts. Die 35 CVP-Nationalräte erreichen ein Rating von -7,2 bis +5,2. Ihr Meridian von -0,9 beweist, dass die CVP in ihrer heutigen Zusammensetzung eine Politik links der Mitte führt (was unserer praktischen Erfahrung mit dieser Partei entspricht). Die 42 FDP-Nationalräte erreichen Resultate zwischen -1,7 und +9,4. Die SVP tritt von den bürgerlichen Parteien am geschlossensten auf. Die 43 SVP-Nationalräte erreichen ein Rating von +1 bis +10 (mit der Hälfte der NR über +9,0).

Was können wir aus diesen Ergebnissen ableiten? Die linken Parteien vertreten mit Konstanz und Klarheit ihre politisch-ideologische Position. In den bürgerlichen Parteien dagegen politisieren viele Nationalräte mit viel Enthusiasmus und gutem Willen, aber ohne defi-

nierten staatsbürgerlichen Standpunkt. Sie sind deshalb durch die (linken) Medien leicht beeinflussbar (siehe Luzi Stamm: Wer hat die Macht in Bern?). Sie begründen mit ihrer Haltung schon den Kompromiss, der sich erst aus der Auseinandersetzung mit dem Gegner (in der Abstimmung) ergeben sollte.

Diese Situation besteht nun schon seit mehreren Wahlperioden und hat dazu geführt, dass die Schweiz trotz bürgerlicher Mehrheit in Regierung und Parlament in eine tendenziell sozialistische (Markt?-)Wirtschaft abgeglitten ist.

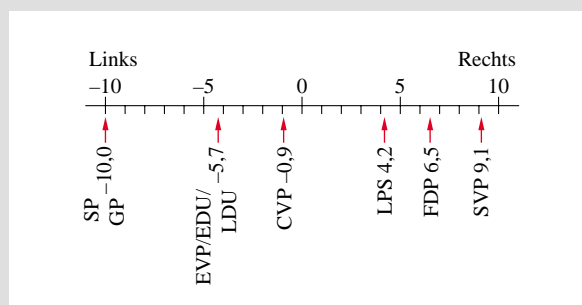
Schlussfolgerung

Wir brauchen dringend bürgerliche Parlamentarier, die einen klaren wirtschaftlichen und politischen Rechtskurs vertreten. Würden dabei (obligatorische?) Kurse für neue Parlamentarier etwas bewirken?!

Alt-Ständerat Dr. Hans Letsch hat das Übel schon vor Jahren erkannt und gefordert, dass die bürgerlichen Politiker zuerst ihren eigenen Standpunkt eindeutig und klar definieren, bevor sie in der politischen Auseinandersetzung einen Kompromiss mit dem Gegner eingehen. Das vorliegende Rating beweist: Im Gegensatz zu den Bürgerlichen vertritt die Linke ihren Standpunkt ohne Kompromiss und hat damit aus einer Minderheitsposition die Politik der Schweiz wesentlich nach Links geführt.

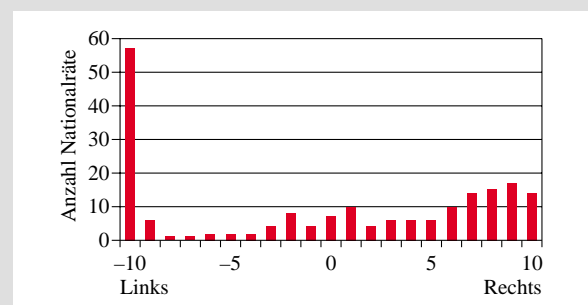
Walter Rytz

Die Fraktionen auf der Links-Rechts-Achse



Aufgeführt ist der jeweilige Median für die Fraktion
Quelle: NZZ

Die Nationalräte auf der Links-Rechts-Achse



Quelle: NZZ

Die Spalte des Präsidenten

Liebe Mitglieder, Gönner und Sympathisanten!

Ich wünsche Ihnen und Ihren Angehörigen frohe Festtage und für den bevorstehenden Jahreswechsel alles Gute!

Die Zeit im Advent eröffnet die Gelegenheit, sich ausserhalb materieller Realitäten auf Wurzeln unseres Zusammenlebens zu besinnen. Die Kenntnis von nicht immer rational erklärbaren Wurzeln wie Glauben, Idealismus, Dienen und staatsbürgerliches Engagement festigt den Willen, die Aufgaben als Bürger an die Hand zu nehmen. Mitglied der Vereinigung PRO LIBERTATE zu sein, betrachten viele Mitbürger als überflüssigen Aktivismus und Relikt aus staatserhaltendem Treiben während des Kalten Krieges. Der Sog des Individualismus, der medienwirksam kommunizierten Kurzlebigkeit von Produkten und Werten lässt offensichtlich wenig Platz für Idealismus und Engagement im Rahmen unserer Vereinigung. Die schwache Mitgliederbewegung unterstreicht sogar diese Entwicklung. Solche Durststrecken und Sinnkrisen müssen aber auch Parteien, Vereine, Offiziersgesellschaften und selbst politische Behörden erleiden. Unzählige Gemeinden können weder ihren Gemeinderat noch Kommissionen besetzen. Es scheint, die Res publica verliert täglich an Attraktivität. Die Öffentlichkeit erscheint lediglich dann begehrtestenswert, wenn sie als Plattform zur Durchsetzung finanzieller Partikularinteressen dienen kann. Wenn die Öffentlichkeit aber Verpflichtungen und Zusatzarbeit im Rahmen der Miliz fodert, erfährt sie schnöde Rückweisung.

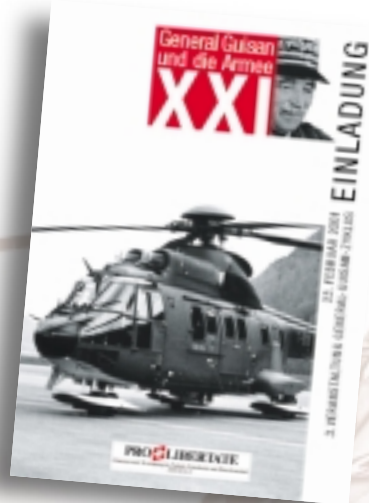
Gerade diese Erkenntnis motiviert aber, die Arbeit in unserer Vereinigung fortzusetzen und auszubauen. Ich freue mich, wenn wir von Ihnen weiterhin die Unterstützung erhalten, welche Sie uns gerade im Kampf gegen die «Armee-Halbierungs-Initiative» auf eindrucksvolle Weise gewährt haben. Im weiteren wünsche ich mir, dass Mitglieder, die mit unserem Programm nicht einverstanden sind, an mich oder den Vorstand gelangen und nicht einfach den Austritt erklären. Der Austritt ist das schwächste Mittel; er bewegt nichts. Und schliesslich treten wir aus der Schweiz auch nicht aus, sondern versuchen, falsche Weichenstellungen zu korrigieren. Das ist unsere Aufgabe.

Werner Gartenmann, Präsident

Termine 2001

Am Freitag, 23. Februar 2001, findet die 3. Veranstaltung des General-Guisan-Zyklus statt. Wir besuchen das Armee-Ausbildungszentrum Luzern (AAL) und den Militärflugplatz Emmen. Die Anmeldeformalitäten finden Sie in der Beilage dieses Versandes.

Am Samstag, 10. März 2001, 10.30 Uhr, führen wir in Bern die Hauptversammlung durch. Wiederum werden wir ein anspruchsvolles Programm vorbereiten. Deshalb bitten wir Sie, sich diesen Termin zu reservieren. Die Unterlagen erhalten Sie Anfang Februar.



Impressum

Druck und Administration:
Schwarzenburger Druck+Verlag AG,
3150 Schwarzenburg
Redaktion: W. Gartenmann, M. Gerber
Adressänderungen: PRO LIBERTATE,
3000 Bern 11
Fax 031 332 57 13
Abdruck mit Quellenangabe und Beleg erlaubt.
Erscheint sechsmal jährlich.
Leserzuschriften müssen nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben.

Spenden: PC-30-26847-0

Vorstand

Werner Gartenmann (Präsident)
3172 Niederwangen
Max Gerber (Vizepräsident)
3000 Bern 16
Marcel Bieri (Kassier)
3052 Zollikofen
Thomas Fuchs (Protokoll)
3018 Bern-Bümpliz
Walter Rytz, 1133 Lussy-sur-Morges
Christoph Gilgen, 3032 Hinterkappelen
Christian Schmid
3283 Niederried bei Kallnach



BITTE

Bitte helfen Sie uns, den Mitgliederbestand zu erhöhen, damit wir auch künftig genügend Mittel zur Verfügung haben, um vor so entscheidenden Fragen wie «EU – Ja oder Nein» Einfluss nehmen zu können. Dafür haben wir dieses Werbemittel geschaffen. Es steht Ihnen in unbeschränkter Anzahl zur Verfügung, damit Sie in Ihrem Freundes- und Bekanntenkreis für die Anliegen der Vereinigung PRO LIBERTATE zum Wohle unseres Landes neue Mitglieder werben können.

Ja, ich finde Ihre Aktion gut und bitte Sie, mir

_____ Exemplare dieses Mitglieder-Werbeprospekts zu schicken.

Name/Vorname _____

Adresse _____

PLZ/Ort _____

Datum/Unterschrift _____

Kopieren oder ausschneiden. Adresse: PRO LIBERTATE, 3000 Bern 11

